

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

erhalten werden die Anzeigen...
Anschluß Nr. 53.

Die Anzeigen...
Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 252

Sonntag, den 27. Oktober 1929

24. Jahrgang

Die Politik der Woche

Das Kabinett Briand gestürzt — MacDonald in Schwierigkeiten
Kreditkrisis in Oesterreich — Verlobungsfreuden in Rom

Ganz unvermutet ist am Dienstag das Übergangskabinett Briand gestürzt worden. Der französische Ministerpräsident hatte es bei seinem ersten Erscheinen im Palais Bourbon als ein Ferienkabinett bezeichnet. Dies ist es in des Wortes eigentlicher Bedeutung geworden, denn es stellte sich am letzten Tage vor den Sommerferien der Kammer vor und wurde am ersten Tage nach den Ferien gestürzt. Der Sturz erfolgte völlig unvermutet war jedoch von einem Teil der Radikalfazialisten beabsichtigt. Nach französischem Brauche haben jetzt die Radikalen und Radikalfazialisten die neue Regierung zu bilden. Demgemäß schlug auch Briand dem Staatspräsidenten Doumergue vor, Dadaier, den Führer der Radikalfazialisten, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Am Donnerstag trat der Parteitag der Radikalen in Reims zusammen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Auch die Sozialisten Frankreichs erschienen auf dem Plan und schickten überraschend, daß auch sie bereit wären, die Regierung zu bilden. In diesem Zusammenhang wurde Paul Boncour wiederholt als kommandierender Ministerpräsident bezeichnet. Das Auferstehen des Linksradikals lag am Donnerstag in der Luft, doch ist in Frankreich keine Regierungsbildung ohne zahlreiche Anträge und Querstreifen möglich. Es muß daher das Ergebnis der künftigen Verhandlungen abgewartet werden.

Auch die innenpolitische Lage Englands gibt zu lärmenden Besorgnissen Veranlassung. Wenn MacDonald von seiner Amerikareise zurückgekehrt ist, muß er unmittelbar die Arbeitslosenfrage zu lösen versuchen, wenn er im Unterhaus nicht schärfster Kritik begegnen will. Das Kohlenproblem bereitet größte Sorgen. Die Regierung entschloß sich jetzt, die Arbeitszeit vom Januar an um eine halbe Stunde herabzusetzen und ein nationales Kohlenyndikat zu bilden, um die Produktion und die Preise der Kohle zu regulieren. Auch die Verstaatlichung der Eigentumsrechte ist beabsichtigt. Wenn die Regierung ihre Pläne im Unterhaus durchsetzen will, so wird sie zweifellos noch manche bange Stunden erleben. Sie rechnet einzuweichen auf die Unterstützung der Liberalen, doch ist sie noch keineswegs gesichert. Insbesondere ist sehr zweifelhaft, ob Lloyd George das Bündnis zwischen Regierung und Kohlenyndikat aufheben wird, das darauf hinausläuft, die Kohlenpreise zugunsten der Lohnbesitzer und auf Kosten der Konsumenten hochzuhalten.

Krisenhaft hat sich auch die innenpolitische Lage in Oesterreich gestaltet. Die Absicht der Regierung Schöber, die Verfassung Oesterreichs abzuändern, bezeugte dem schärfsten Widerstand der Sozialdemokraten und steigerte die innenpolitische Erregung wesentlich. Tolle Gerüchte durchschwärmten das Land, so daß auf den Sparkassen und Banken starke Geldabhebungen erfolgten. Die fortwährenden Salutenankäufe veranlaßten den Bundeskanzler Schöber am Donnerstag zu einer Aussprache mit dem Führer der sozialdemokratischen Opposition, Dr. Krenner. Es ist zu erwarten, daß die fortwährenden Drohungen der Heimwehrleute, das Parlament und die Demokratie zum Schweigen zu bringen, eingestellt werden und jeder gewalttätige Versuch, eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeizuführen, mit allen staatlichen Mitteln unterdrückt wird. Bundeskanzler Schöber gab in den letzten Tagen wiederholt diese Erklärung ab. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie sehr ernst gemeint ist.

Im Gegensatz zu den genannten Ländern herrschte bei den Belgiern und Italienern in dieser Woche innige Festesfreude. Am Donnerstag verlobte sich nämlich der italienische Kronprinz Umberto mit der habsburgischen belgischen Königs-Tochter Marie-Josée. Aber auch diese Festesfreude war nicht ungetrübt, denn auf den jungen Bräutigam wurde an seinem Verlobungstage ein Revolverattentat verübt, als er am Grabe des unbekanntem Soldaten in Brüssel einen Kranz niederlegte. Erfreulicherweise ging die Kugel des italienischen Revolutionärs, der von Paris nach Brüssel gefahren war, um den Kronprinzen Italiens zu erschließen, fehl. Die Hochzeit des jungen Paares, die nach dem Hofzeremonienter 40 Tage nach der Verlobung der Verlobung stattfinden soll, findet voraussichtl. erst im Januar in Rom statt.

In schärfstem Kontrast hierzu stehen die jüngsten Vorgänge in Afghanistan. Dort hatte der Bruder Nadir Schans dem besiegten Emir Habibullah freien Abzug aus der Zitadelle von Kabul unter der Bedingung gewährt, daß er niemals wiederkehren würde. Habibullah Nadir versagte jedoch dieser Handlungsweise seines Bruders die Zustimmung und

erteilte sofort den Befehl, Habibullah zu suchen und in die Hauptstadt einzuliefern. Nach wenigen Tagen war der Sohn des Wasserträgers, der sich auf der Flucht in die Berge von Kofistan befand, gefangen und in die Hauptstadt zurückbefördert. Das Ende dürfte für ihn nach dem Geiselnahme in der Zitadelle recht böse sein. Inzwischen hat Habibullah Nadir seine Regierung geliebt. Der Bürgerkrieg ist noch keineswegs abgeschlossen, zumal drei der mächtigsten Stämme, wie verlautet, gegenwärtig einen Feldzug zugunsten der Rückkehr Amanullahs planen. Habibullah Nadir wird noch viel Zeit und Kraft brauchen, wenn er den Frieden und die Ordnung in seinem Lande wiederherstellen will.

Ein verfehlter Deutungsversuch

Zu Hindenburgs Beurteilung des § 4

Der Reichspräsident hat in einer Unterhaltung mit dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover auf eine Anfrage erklärt, er stehe nach wie vor „dem Volksbegehren als solchen in voller Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber.“ An dieser seiner grundsätzlichen Haltung, wie er sie in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 16. Oktober dargelegt habe, ändere auch die Aeußerung nichts, die er in einer Besprechung mit dem Reichskanzler am 18. Oktober gemacht habe. Der Abg. Schmidt-Hannover bemerkt sich durch einen Kommentar, den er durch eine rechtsstehende Telegraphen-Agentur verbreiten läßt, die vorstehende Erklärung des Reichspräsidenten zugunsten des Jugenbergschen Volksbegehrens umzubringen. Er behauptet, die Stellungnahme des Reichspräsidenten vom 18. Oktober, worin er den § 4 des Volksbegehrens mißbilligte, sei lediglich ritterliche Motiven entsprungen. Die Behauptung der Einspreizung, daß der Reichspräsident gegen das Volksbegehren sei, widerspreche also den Tatsachen.

Wie ist gegenüber diesem Deutungsversuch der wirkliche Tatbestand? Am 18. Oktober bezeichnete der Reichspräsident gegenüber dem Reichskanzler den § 4 des Volksbegehrens, der den Reichskanzler und die Reichsminister, die den Youngplan oder ähnliche Verträge abschließen, unter die Anklage des Landesverrats stellt, als „einen unzulässigen und persönlichen politischen Angriff“, dem er bedauerte und verurteilte. Jetzt hat der Reichspräsident Herrn Schmidt-Hannover gegenüber geäußert, er stehe

nach wie vor dem Volksbegehren „als solchem“ in voller Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber. Diese Erklärung besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß sich der Reichspräsident der Grenzen seines verfassungsmäßigen Einflusses bewußt ist. Denn als Reichspräsident muß er jedem Volksbegehren „als solchem“ neutral und unparteilich gegenüberstehen. Das schließt nicht aus, daß er bestimmte Forderungen in einem Volksbegehren verurteilt und mißbilligt, wie er es z. B. gegenüber dem § 4 des Jugenbergschen Volksbegehrens getan hat. Wir möchten annehmen, daß die beiden Worte „als solchem“ in diese Erklärung mit gutem Vorbedacht aufgenommen worden sind, weil sie jede mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Aeußerung des Reichspräsidenten ausschließen oder ausschließen sollten. Der Versuch, die Mißbilligung des § 4 nur als einen „Akt der Ritterlichkeit“ hinzustellen, der gar nicht innerer Ueberzeugung entsprungen sei, schließt gegenüber dem Reichspräsidenten den Vorwurf der Unaufrichtigkeit in sich. Die Verurteilung des § 4, des Kernstückes des Jugenbergschen Volksbegehrens, wird in keinem Punkte dadurch eingeschränkt, daß der Präsident dem Volksbegehren „als solchem“ gegenüber die gebotene Zurückhaltung übt.

Der Mißbrauch des Wortes „national“

Reichskanzler a. D. Dr. Marx gegen das Volksbegehren

In einer stark besuchten Wählerversammlung der Zentrumspartei in Karlsruhe besaßte sich der frühere Reichskanzler Dr. Marx besonders mit dem Volksbegehren, das er als äußerst töricht und verwerflich, ja geradezu verberberlich bezeichnete. Es sei eingegeben von der Krisentheorie, die uns schon so oft ins Unglück gestürzt habe. Es sei geradezu ein Bolschewismus von rechts, und er klage die Herren von rechts, die das Volksbegehren propagieren, an, daß sie zu Unrecht in ihrer Firma das Wort „national“ führten. Das Volksbegehren sei eine Fälschung, und jene Krisentheorie hätten nicht mehr das Recht, sich national zu nennen. Gegenüber dieser Krisentheorie hob der Redner die Verhältnungs- und Verständigungspolitik hervor, wie sie von Hebrich und Wirth eingeleitet und zähe fortgeführt und durch Stresemann zu einem dankbar anerkannten Erfolg geführt habe. Vaterlandsgelübte zeige sich nicht in haltlosen Verbündigungen, sondern darin, dem zusammengebrochenen Staatsoberhaupt Opfer zu bringen, um ihm neue Wohlfahrt zu ermöglichen.

Falsche Behauptungen über die Vorgeschichte des Stahlhelmverbots

Die Behauptungen verschiedener Blätter und Korrespondenzen, daß das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen auf unmittelbare Veranlassung des Auswärtigen Amtes erfolgt sei, dem der Botschafter von Hoesch mitgeteilt haben soll, französischerseits plane man die Stahlhelme-Verbote politisch auszunutzen, werden an zuständiger Stelle für unrichtig erklärt. Es ist von keiner französischen Seite weder amtlich noch privat bei den deutschen zuständigen Stellen eine Aeußerung eingegangen, die die deutschen Behörden zu dem Verbot der Stahlhelmeangelegenheit veranlaßt hätte. Ebenso ist es unrichtig, daß Botschafter v. Hoesch, der zu der angegebenen Zeit überhaupt in Urlaub war, oder ein anderer Beamter der deutschen Botschaft privat oder amtlich an das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit herantreten ist. Die Stellungnahme der Reichsregierung ist in dem Schreiben des Reichskanzlers an die Deutsch-nationale Volkspartei, das seinerzeit veröffentlicht worden ist, eindeutig festgelegt. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß der Reichskanzler, der Reichsinnenminister und das Auswärtige Amt über das geplante Verbot vorher unterrichtet worden sind und ihre Zustimmung eingeholt worden ist.

Neue Codesurteile in Rußland

Aufdeckung einer gegenrevolutionären Organisation im Nordkaukasus

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die staatliche politische Verwaltung hat im Nordkaukasus eine große monarchistische Organisation entdeckt, die ihre wahren Ziele unter der Maske einer rechtsdenkenden Sekte versteckt. Die Organisation bereitet einen bewaffneten Aufstand gegen die Sowjetmacht vor und wirkt den Regierungsmaßnahmen aktiv entgegen. Sie vereinigte die Ueberreste weißgardistischer Verbände und besaß eine geheime Zentralkommission, hat der Zivillisten genannt, die sich in einem einsamen Dorf im Bezirk Soschi an dem zentralen kaukasischen Gebirgszug befand, sowie ein Netz von Zweigstellen im nordkaukasischen Gebiet. Die Führer der Organisation, die Brüder Grigorowitsch, die in der Jarenarmee den Rang eines Obersten beim ersten Stadtrittmeisters bekleideten, hatten, sowie die Mitglieder des Rates der Zivillisten

den zum Tode verurteilt, die übrigen Teilnehmer zur Internierung in einem Konzentrationslager auf fünf bis zu zehn Jahren. Die Todesurteile sind bereits vollstreckt.

Daladier mit der Kabinettsbildung in Frankreich beauftragt

Der Vorsitzende der Radikalen Partei, Daladier, hatte mit dem Präsidenten der Republik, Doumergue, eine Unterredung, die von 11.40 Uhr bis 12.30 Uhr dauerte. Beim Verlassen des Elysees erklärte Daladier: „Der Staatschef hat mich beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Ich habe ihn gebeten, mich mit meinen politischen Freunden beraten zu dürfen. Ich werde ihm morgen nachmittags 3 Uhr die Antwort überbringen.“

Der Beschluß des Präsidenten der Republik, dem Vorsitzenden der Radikalen Partei, Daladier, die Bildung des neuen Kabinetts zu übertragen, hat in den politischen Kreisen keine Ueberraschung verursacht. Präsident Doumergue bietet damit die Nachfolgerschaft Briands dem Führer der ziffermäßig stärksten Partei an, die den Sturz des Kabinetts Briand brachte. Die Beratung, die gestern auf dem Parteitage der Radikalen in Reims einsetzte, hat übrigens zutage treten lassen, daß die Partei die Regierung übernehmen will. Man kann also sicher sein, daß Daladier den Auftrag des Präsidenten der Republik annimmt. Seine erste Sorge dürfte sein, die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung zu erlangen.

Der Zentrumsvorsitzende zur politischen Lage

In einer großen Zentrums-Wählerversammlung in Freiburg sprach in der Städtischen Festhalle der Parteivorsitzende, Prälat Dr. Kaas zur politischen Lage. Er zog einen schärferen Trennungsschnitt zwischen rechts und links und erklärte, die Zentrumspartei denke gar nicht daran, eine Wendung vorzunehmen, sie stehe auf dem Platze, wo sie bisher gestanden habe, wünsche aber, daß sich möglichst viele, die links und rechts von ihr stehen, sich zu bewußter, staatspolitischer Arbeit der Mitte annäheren. Koalitionen könnten keine Gefinnungsbündnisse und keine Gefinnungsbündnisse werden für politisch freies Denken und verantwortliches Handeln. Dr. Kaas warnte vor einer zu optimistischen Beurteilung des Young-Planes, stellte aber hinsichtlich des Volksbegehrens fest, es könne noch keinen frontalen Angriff gegen das Werk von Versailles geben, sondern nur ein langsamer Abbau dieses Vertrages sei jetzt möglich, wenn sich nicht die Vorgänge wie Radikalisierung und ähnliche Dinge wiederholen sollten.